Beschluss Starke Kommunen: für Zukunft, Demokratie und Gemeinschaft	
Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz Jena 02. bis 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	02.02.2024
Tagesordnungspunkt:	4. Leitantrag

Antragstext

Kommunen sind das Fundament und die Grundlage unserer Demokratie. In den Städten und Gemeinden spielt sich das Leben ab, hier werden politische Entscheidungen in die Realität umgesetzt und vermittelt, hier machen Menschen die meisten Erfahrungen mit Mitbestimmung und Demokratie. Hier finden die Daseinsvorsorge, der Arbeits- und Lebensalltag, die Bildung unserer Kinder und das Miteinander der Generationen statt. Hier wird Thüringen zu unsererm Zuhause.

Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, heute mehr denn je. Die Kommunen sind es, die maßgeblich für unsere Infrastruktur sorgen – sichere Mobilitätsangebote, bezahlbare Wohnungen, sanierte Schulen und Kindergärten, Wasser und Abwasser, häufig auch Strom und Wärme. Sie garantieren ein funktionierendes Gemeinwesen, das zu häufig als viel zu selbstverständlich angenommen wird – dafür gebührt ihnen große Anerkennung. Doch sie leisten weit mehr als das. Schwimmbäder, Theater, Bibliotheken, Parks und Spielplätze - Kommunen sorgen für das, was Orte lebenswert macht. Die Klimakrise ist für die kommunale Ebene eine weitere Herausforderung mit dringendem Handlungsbedarf. Umso wichtiger ist es, dass unsere Kommunen gut aufgestellt sind, all diesen Aufgaben nachzukommen.

Bei der Unterstützung der Kommunen von Landesseite haben wir unter grüner Regierungsbeteiligung bereits große Schritte nach vorn gemacht – unter rot-rot-grün hat sich die finanzielle Situation der Kommunen so gut entwickelt wie noch nie in unserem Freistaat. Diesen Weg wollen wir weitergehen und einen modernen sozial-ökologischen kommunalen Finanzausgleich etablieren, der die aktuellen Investitions- und Finanzierungsbedarfe besonders in den Blick nimmt. Denn es ist klar, dass die wachsenden Anforderungen unsere Kommunen auch finanziell fordern. Daher muss sich auch der Bund stärker an der Kommunalfinanzierung beteiligen. Für uns gilt dabei: wer bestellt, der zahlt – Aufgaben, die den Kommunen von anderen Ebenen übertragen werden, müssen ausfinanziert sein. Dieses sogenannte "Konnexitätsprinzip" wollen wir konsequent umsetzen. Klar ist aber auch: alle Ebenen mussen tun, was sie können, um ihren Teil beizutragen.

Denn es geht eben nicht nur ums Geld. Probleme lösen wir nur, wenn sich jede Ebene zuständigt fühlt. Die vor uns liegenden Aufgaben sind umfassend und komplex. Sie müssen von allen Ebenen gemeinsam angegangen werden. Kommunen, Land undBund müssen viel stärker noch als bisher auf Kooperation und Kreativität setzen. Die nötigen Maßnahmen über die verschiedenen Ebenen klug zu koordinieren, wird dabei eine zunehmend wichtige politische Aufgabe. Denn es gibt etliche Themenbereiche, in denen gemeinsames und entschlossenes Handeln gefragt ist. Und dennoch: auf kommunaler Ebene wird Politik konkret!

Aktuelles Beispiel: Hochwasser

In der Klimakrise sorgen Extremwetterereignisse immer stärker für große Herausforderungen. Diese reichen von Starkregenereignissen über Dürre und Niedrigwasserprobleme bis hin zu winterlichen Hochwasservorkommen wie Ende des

Jahres 2023/Anfang 2024. Hier hat sich einerseits gezeigt, wie wichtig Katastrophenschutz ist. Nur durch das Engagement und den Einsatz hunderter Einsatzkräfte, viele auch im Ehrenamt, konnten schlimmere Folgen verhindert werden. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den vielen Einsatzkräfte für ihre engagierte und wichtige Arbeit auch über die Feiertage, die nicht selbstverständlich ist! Andererseits wird auch deutlich, dass vorbeugendes Handeln im Sinne einer Klimaanpassung große Bedeutung zukommt. Mit den Gewässerunterhaltungsverbänden, den Wasserwehren und dem Landesprogramm Hochwasserschutz sind wir in Thüringen bereits gut aufgestellt. Der bisher umgesetzte technische Hochwasserschutz gemeinsam mit den Renaturierungsmaßnahmen, die wir GRÜNEN in den letzten Jahren vorangebracht haben, konnten Schlimmeres verhindern. Das gute Management der aktuellen Hochwassersituation hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit von Landesebene und Katastrophenschutz auf Landkreisebene außerordentlich wichtig ist und weiter gefestigt werden sollte. Besonders die von unserem Umweltministerium durchgeführten, Schulungen der auf Landkreisebene angesiedelten Krisenstäbe hat dazu beigetragen.

Den Kommunen kommt beim Brand- und Katastrophenschutz eine wichtige Rolle zu: bei der Bereitstellung der Fahrzeuge, Ausrüstung und Gebäude. Doch das alles nützt nichts, wenn die Menschen fehlen. Gerade Brand- und Katastrophenschutz funktionieren nicht ohne Ehrenamtliche. Vielerorts mangelt es bereits an Freiwilligen, die dieses wichtige Ehrenamt ausführen wollen und können. Das Land muss daher nicht nur finanziell unterstützen, die Digitalisierung der Wehrorganisation und Einsatzalarmierung sowie die Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellen. Es ist auch die Verantwortung des Landes, Ehrenamt attraktiver zu machen, besonders in der Feuerwehr. Hierauf muss die lange überfällige Ehrenamtsstrategie des Landes eine Antwort finden, aber auch Kommunen müssen neue und kreative Wege gehen. Ansätze könnten beispielsweise die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Einsatzkräfte, eine vereinfachte Aus- und Weiterbildung und attraktive Vergünstigungen sein.

Die Feuerwehren sind jedoch nicht der einzige Bereich, in dem es zunehmend an Personal fehlt. Der demografische Umbruch gepaart mit der ländlich geprägten Struktur Thüringens bergen die große Gefahr eines Infrastrukturrückgangs, unter anderen im medizinischen Sektor. Es ist Aufgabe von Bund und Land, über eine kluge Struktur die Versorgung auch in ländlicheren Gebieten abzusichern, damit alle Menschen die medizinische Hilfe bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen auch neue Versorgungsstrukturen stärker in den Blick genommen werden. Die Zukunft der medizinischen Versorgung ist sektorübergreifend und gut vernetzt. Hierbei können auch Kommunen ihren Anteil leisten, bespielsweise mit der Initiierung von kommunalen Versorgungszentren, die gemeinwohlorientiert arbeiten. Hier können Ärzt*innen verschiedener Disziplinen angestellt und unterschiedliche Gesundheitsberufe unter einem Dach vereint werden. Regional klug gesteuert und im richtigen Ort angesiedelt, werden so Versorgungslücken verhindert, Anreize für Ärzt*innen geschaffen und Leistungen aus einer Hand für Patient*innen angeboten, eine win-win-Situation für alle. Hilfreiche Angebote, um Versorgungslücken gerade in ländlichen Kommunen zu schließen, sind auch Gesundheitskioske und sogenannte Community Health Nurses, ähnlich der früheren Gemeindeschwestern, die im kommunalen Setting als erste Ansprechpartner*innen in Ergänzung zu Hausärzt*innen agieren und sich vor Ort besonders um die Betreuung

von Menschen mit chronischen oder Mehrfacherkrankungen, Behinderung oder Pflegebedarf kümmern.

Damit Menschen auch zur Ärztin, zur Schule oder zur Arbeit gelangen können, müssen die Mobilitätsangebote stimmen. Während es bei Straßen wie selbstverständlich ein durchgängiges Netz durchs Land gibt, enden Buslinien und Fahrradwege viel zu häufig an der Gemeinde- oder Kreisgrenze. Das muss der Vergangenheit angehören, denn Menschen müssen eine echte Wahl haben, wie sie mobil sein können. Es ist essentiell, dass die Kommunen auch untereinander stärker kooperieren und durchgängige Buslinien und Radwege schaffen. Die Schaffung von Radverkehrsbeauftragten in jedem Kreis, gefördert durch das Land, kann hierfür ein erster wichtiger Schritt sein, genauso wie die flächendeckende Planung und Umsetzung von Radwegenetzen. Auch hierbei ist ein verstärkte Aufgabenübernahme durch die Kreise sinnvoll.

Für die Bekämpfung der Klimakrise und die Stärkung unserer Unabhängigkeit muss auch der Ausbau der Erneuerbaren weiter vorangebracht werden. Die Bundesregierung, allen voran Bundesminister Robert Habeck haben in den letzten Jahren zahlreiche bürokratische Hürden abgebaut und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, um den Ausbau von Windkraft, Solar und Co. voranzubringen. Das Land muss entsprechend seine Verwaltungsstrukturen anpassen. Die Kommunen sind weiter gefragt, für Projekte auf ihrem Gemeindegebiet unkompliziert die Nutzung geeigneter Flächen zu ermöglichen, Hürden für den Ausbau von Dachsolaranlagen auszuräumen und ihre eigenen Dächer zu bestücken. Der Windausbau darf nicht mehr über die regionalen Planungsgemeinschaften ausgebremst werden. Wir brauchen keine Debatte mehr über das 'Ob', sondern über das 'Wo', und zwar sehr schnell, bevor ein steuerndes Eingreifen den Kommunen in ein paar Jahren nicht mehr möglich ist. Mit dem Windenergiebeteiligungsgesetz setzen wir noch mehr Anreize für de Ausbau der Windkraft, indem wir die Kommunen und die Menschen vor Ort stärker an den Gewinnen beteiligen. Bei nötigen Investitionskosten für Energie- und Wärmewende brauchen gerade Stadtwerke mancherorts Unterstützung, die die Bundes- und Landesregierung bereits bereitstellen. Diese wollen wir weiterführen, denn der Ausbau der Erneuerbaren darf nicht am Geld scheitern.

Nicht am Geld scheitern, sollte auch die Unterbringung und Integration Geflüchteter Menschen. Hier stehen die Kommunen vor besonders großen Herausforderungen. Aufgrund der Klimakrise und der Anzahl der weltweit bewaffneten Konflikte und Kriege ist in den nächsten Jahren nicht mit einer abnehmenden Zahl an Geflüchteten zu rechnen. Kommunen und Land müssen besser aus den größeren Ankunftsgeschehen der letzten Jahre lernen und flexible, kurzfristig greifende Vorkehrungen treffen. Dazu gehört auch die ausreichende Bereitstellung von geeignetem Wohnraum, was gerade in Städten mit angespannterem Wohnungsmarkt eine Herausforderung ist. Über die neue Flüchtlingskostenerstattung unterstützt die Landesregierung endlich auch die Bereithaltung von Wohnraum finanziell. Die Pauschalen zur Herrichtung von Wohnraum für Geflüchtete waren zwar ein guter Ansatz, aber zu niedrig und zu bürokratisch. Wir wollen diese weitentwickeln und die Sanierung von Wohnraum generell noch stärker fördern. Auch die Wohnungsbauförderung wollen wir evaluieren und noch stärker auf die Förderung von bezahlbarem, barrierefreien Wohnraum auch ohne Wohnberechtigungsschein ausrichten, damit die soziale Wohnungsunternehmen auch in den Kommunen günstigen Wohnraum schaffen und

erhalten können. Zugleich ist uns bei der Förderung energiesparendes und nachhaltiges Bauen und Sanieren von Wohnungen und Gebäuden wichtig.

Mit der Unterbringung von Geflüchteten ist es allerdings nicht getan, die Integration ist eine weitere große Aufgabe. Es braucht genügend Sprach- und Integrationskurse, Sozialbetreuung und Angebote zum Austausch mit der Bevölkerung. Häufig unterstützen schon jetzt private Initiativen und Ehrenamtliche die Kommunen bei diesen Aufgaben. Mit einem Integrationsfördergesetz wollen wir die Kommunen zielgenauer unterstützen und Planungssicherheit für die Integrationsaufgaben geben. Denn es ist unsere gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung, geflüchtete Menschen aufzunehmen und in Sicherheit zu bringen, auch wenn es nicht immer konfliktfrei abläuft. Die Art und Weise, wie Kommunen an diese Aufgabe herangehen, ist auch entscheidend für die Akzeptanz von Geflüchteten in der Bevölkerung.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Nur wenn unser Schulsystem endlich echte Chancengerechtigkeit bietet, kann unsere Gesellschaft sozial gerechter und geeinter werden. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren etliches auf den Weg gebracht, wie den Ausbau der Gemeinschafts- und Ganztagsschulen, das Recht auf inklusive Beschulung und die Aufwertung des Grundschul- und Regelschullehramts. Es wurden so viele neue Lehrer*innen eingestellt wie noch nie, auch wenn noch immer viele Stellen unbesetzt sind und der Fachkräftemangel auch im Lehramt neue Strategien fordert. Wir wollen noch weiter gehen und multiprofessionelle Teams sowie Verwaltungsassistenzen zum Standard machen, die Lehramtsausbildung weiter reformieren und weg gehen vom starren Fächerdenken. Wir wollen die Kommunen noch stärker darin unterstützen, digitale Endgeräte bereitzustellen, inklusive Beschulung durch räumliche und personelle Voraussetzungen zu ermöglichen und die Schulausstattung vor Ort ansprechend und modern zu gestalten. Doch all dies funktioniert nur in einer Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen als Schulträger. Über ein “Sofortprogramm eigenständige Schule 2035” wollen wir es allen Schulen ermöglichen, schnell die entsprechenden Ressourcen aufzubauen, um sich selbst weiterzuentwickeln und ihre Unterrichtsmethoden zu modernisieren. Das braucht auch die proaktive Unterstützung der Schulämter vor Ort. Besonders bei der Digitalisierung der Schulen müssen Land und Kommunen noch stärker Hand in Hand arbeiten, um Hardware, Software, Ausbildungsinhalte und Nutzung digitaler Medien im Unterricht noch besser aufeinander abzustimmen.

In der Digitalisierung im Freistaat ist insgesamt noch viel Luft nach oben, gerade in der Verwaltung. Denn die Bewältigung dieser vielen Aufgaben, gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, kann nur mit einer agilen, sich stetig weiterentwickelnden und klug digitalisierten Verwaltung funktionieren. Dafür braucht es Mut und Gestaltungswillen. Es ist nötig, kommunale Ressourcen bei der Digitalisierung von Verwaltungen sinnvoll zu bündeln. Somit müssen Lösungen und Werkzeuge für die gleichen Probleme nicht mehrfach entwickelt werden. Das Land sollte über eine stärkere Bereitstellung von digitalen Plattformen und Managementprozessen gezielt unterstützen. Wichtig ist aber auch, die Verwaltungsstrukturen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Unsere Zeiten erfordern agile, flexible und kreative Verwaltungen, die Lösungen in den Mittelpunkt stellen. Und vor allem: sie müssen sich den Menschen annehmen und Unterstützung bieten. Nur dann fühlen sich Menschen ernst genommen und ‘vom Staat’ unterstützt. Denn eine digitale Verwaltung ist immer auch Ausdruck für einen funktionierenden Staat: kooperativ, über verschiedenen Ebenen vernetzt und

bürger*innenfreundlich. So lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Das Funktionieren unserer Kommunen steht auf den Schultern all derer, die sich immer wieder und oft ehrenamtlich für ihre Kommune, für ihre Mitmenschen einsetzen und vor Ort Verantwortung übernehmen, sei es in kommunalen Gremien, in der Verwaltung, in Vereinen und Initiativen. Wenn dieses Fundament bröckelt – durch Überalterung, durch stetige Angriffe von rechts, durch ein fehlendes Gefühl von Gemeinschaft und Verantwortung – gefährdet das nicht nur den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität der Kommune, sondern auch die Demokratie als Ganzes. Es braucht die Menschen, die sich in ihrer Kommune für unser Gemeinwohl engagieren. Es ist wichtig, sie zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen. Unsere Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen in den kommunalen Gremien Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, nach Lösungen für Probleme suchen und diese den Menschen vermitteln. Es ist unser daher ein Herzensanliegen, die Bedingungen für das kommunalpolitische Engagement zu verbessern und das Ehrenamt zu erleichtern.

Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai wird sich auch in Thüringen entscheiden, ob unsere kommunale Demokratie in ihrer Vielfalt erhalten bleibt. Demokratie kann hier im Land nur dann funktionieren, wenn sie auch auf kommunaler Ebene durch demokratische Kräfte gelebt wird. Daher appellieren wir an alle Einwohner*innen in Thüringen: gehen Sie zur Kommunalwahl wählen und wählen Sie demokratisch, am besten GRÜN!